

Parteiverbot in Deutschland — die NPD und der Verfassungsschutz

Uwe Richter

Am 21.1.2002 kippte das Bundesverfassungsgericht (BVG) überraschend alle für Februar 2002 angesetzten mündlichen Verhandlungstermine über den ein Jahr zuvor von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag eingereichten Antrag auf ein Verbot der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Der Grund: einer der insgesamt 14 Zeugen der Antragsteller war gleichzeitig ein langjähriger Spitzel des Verfassungsschutzes innerhalb der NPD. Der politische Skandal war da: statt dem NPD-Verbot standen nun die deutschen Geheimdienste auf dem Prüfstand und die Rolle ihrer Agenten innerhalb der rechtsradikalen Partei.

Im Sommer 2000 häuften sich Gewalttaten gegen Ausländer und jüdische Einrichtungen durch rechtsextremistischer Täter, die dem Umkreis der NPD zugerechnet wurden, und die Bundesregierung beauftragte die zuständigen Ämter für Verfassungsschutz der Bundesländer, Material für einen Verbotsantrag zu sammeln. Die NPD, älteste der rechtsextremen Parteien in Deutschland, hatte bei Landtagswahlen nach 1998 in drei Ländern Ergebnisse über 1 Prozent erreicht, und erhielt daher aus öffentlichen Mitteln Gelder zur Parteifinanzierung. Am 31. Januar 2001 reichte die Bundesregierung beim Verfassungsgericht den Antrag ein, Bundesrat und Bundestag schlossen sich einige Wochen später dem Antrag an. Beigefügt war eine voluminöse Beweismittelsammlung. In fünf mündlichen Verhandlungstagen Anfang Februar 2002 wollte das BVG über den ersten Verbotsantrag einer politischen Partei seit 1956 verhandeln, doch am 22. Januar setzte das Gericht die Verhandlung vorläufig aus: den Richtern war bekannt geworden, dass einer der 14 Zeugen der Bundesregierung ein langjähriger „Vertrauens-Mann“ (V-Mann), ein Spitzel also des Verfassungsschutzes, innerhalb der NPD gewesen war. Als in den Tagen darauf ein V-Mann nach dem andern aufflog, räumten die Antragsteller in zwei weiteren Schriftsätzen Anfang und Mitte Februar ein, dass in den Verbotsanträgen Aussagen von insgesamt neun V-Leuten verwendet worden waren. Dass die Liste der V-Leute damit vollständig sei, wollten sie nicht garantieren. Das Gericht beschloss daraufhin, über den Verbotsantrag erst nach der Bundestagswahl im September zu verhandeln, und setzte stattdessen für den 8. Oktober einen „Erörterungstermin“ fest: erörtert werden soll dann ausschliesslich der Umfang und die Konsequenzen des Einsatzes der V-Leute innerhalb der NPD. Eine doppelte Ohrfeige für die Antragsteller. Der Vorstoss, die Teilnahme der Rechtsradikalen an den Bundestagswahlen zu verhindern, war gescheitert.

Es war eingetreten, was die NPD immer wieder behauptet: dass sich nämlich die Begründung für die Verfassungsfeindlichkeit der NPD auch auf die bezahlten Spitzel des Geheimdienstes stütze—und zwar nicht nur auf deren Berichte über andere Rechtsradikale, sondern auch auf das, was die V-Leute selber tun, schreiben oder als Redner bei Versammlungen als Marschzahl ausgeben. In der 560-seitigen Anlage zum Verbotsantrag werden V-Männer als Aktivisten aufgelistet, die die NPD radikalisierten. Bei den Richtern konnte der Eindruck entstehen, der Verfassungsschutz steuere den radikalen NPD-Flügel mit, organisiere und finanziere über seine Agenten Aktionen, mit denen er dann wiederum die Gefährlichkeit der Extremisten beweisen und das BVG zum Parteienverbot veranlassen suche.

Die V-Mann-Affäre treibt Risse durch die Basis des Rechtsstaats. Sie hat das Vertrauen zwischen den Parlamenten, die das Verfahren wollten, dem Innenminister, der die Belege beschaffen sollte, und dem Gericht

lädiert. Auch die Geheimdienste hat es erwischt. Nach dem 11. September waren sie plötzlich wieder wer, erhielten mehr Macht, mehr Geld. Doch nun zeigt sich erneut, dass ihre Arbeit auch das gefährden kann, was sie schützen sollen: den Staat.

Ein Gesetz für den Einsatz von V-Männern existiert nicht. Die Dienstvorschrift des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) sieht zwar vor, dass der Spion „weder die Zielsetzung noch die Tätigkeit des Beobachtungsobjekts entscheidend mitbestimmen“ dürfe—aber das ist Theorie, und die hat mit der Wirklichkeit nicht immer viel gemein. Während die Verfassungsschutzämter einiger Bundesländer wie Berlin oder Baden-Württemberg inzwischen darauf verzichten, in den oberen Gremien der rechtsradikalen Partei Spitzel zu steuern, ist dies in den meisten Landesämtern gängige Praxis. Insgesamt haben die Dienste nach Insiderschätzungen rund 100 V-Männer in der NPD, unter den 200 NPD-Spitzenfunktionären sollen etwa 30 auch heimliche Staatsdiener sein. Rund zwanzig Prozent des Beweismaterials stammt von Spitzeln.

Dass es Spitzel gab, die „die Tätigkeit des Beobachtungsobjekts entscheidend mitbestimmten“, beweisen die Fälle Frenz und Holtmann. Frenz war Gründungsmitglied der NPD, langjähriges Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Seine rassistischen und antisemitischen Äusserungen in Pamphleten, Artikeln und einem Buch (Zitat: „Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, müsste es für die Juden von heute erfunden werden“) werden in den drei Anträgen als Beleg für die antisemitische Ausrichtung der NPD rund ein Dutzend Mal zitiert. Nicht erwähnt wurde in den Anträgen die Tatsache, dass Frenz ein V-Mann war—als die Richter es erfuhren, bliesen sie die Verhandlung ab.

Als Beweis für die verfassungswidrige „kämpferisch-aggressive, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Haltung der NPD“ führten die Anwälte des Bundestags den einfachen „Parteisoldaten“ (so der Schriftsatz der drei Antragsteller zur V-Mann-Problematik) Udo Holtmann an. In Wirklichkeit war Holtmann als Chef des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, als Mitglied des Bundesvorstands und der Programmkommission, in der die inhaltliche Linie der Partei festgelegt wurde, als Herausgeber und Chefredakteur des überregionalen Hetzorgans „Deutsche Stimme“ und als Organisator der Grossaufmärsche einer der einflussreichsten Funktionäre der Partei. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz lieferte er Informationen seit 1978.

Im Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus vom Oktober 2001 verwendete die NPD ein Plakat mit einem dickgedruckten „den Holocaust hat es nie gegeben“ und einer dünn gedruckten Fussnote, dass diese Äusserung vom „Förderkreis für die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ stamme. Tatsächlich hatte die Initiative im Sommer 2001 mit diesem Slogan um Spenden für das Berliner Holocaust-Denkmal geworben. Allerdings inklusive des distanzierenden Hinweises: „Es gibt immer noch viele, die das behaupten. In 20 Jahren könnten es noch mehr sein“. Das NPD-Plakat—als Verantwortlicher, gut sichtbar am rechten unteren Rand, hatte Holtmann gezeichnet—verzichtet dagegen auf diese Klarstellung und schiebt so ausgerechnet dem Denkmalförderkreis die „Auschwitz-Lüge“ unter. Das Landgericht Berlin hat deshalb am 11. Oktober 2001 das Plakat verboten. Der Vorgang lässt noch einmal an Innenminister Schilys Zusicherung zweifeln, es sei unzulässig, dass ein V-Mann „einen Sachverhalt selber setzt, und der wird dann als Begründung für den Verbotsantrag herangezogen“. Auch wenn da Plakat selbst nicht als Beweismittel dient: es steht doch für eben jenen Nazi-Ungeist, den die Bundesregierung von deutschen Strassen verbannen will.

Die Regierungsexperten haben den Richtern die faulen Beweise regelrecht untergejubelt, und deshalb liessen die Richter, schwer düpiert, die mündliche Verhandlung platzen. Die Rechtfertigungsschrift für die Fehler im Verbotsantrag, gleichzeitig Entschuldigung und Beharren darauf, dass es mit den V-Leuten eigentlich gar kein rechtliches Problem gebe, haben sie als ungenügend zurückgewiesen. Sie gaben zu erkennen, dass die V-Mann-Problematik für den Ausgang des Verfahrens von Bedeutung sei, „wenn die Tätigkeit dieser Personen in den Zielen der Partei prägenden Niederschlag gefunden oder das Verhalten ihrer Anhänger massgeblich beeinflusst hat“.

Das Angebot der Bundesregierung, dem Gericht ihr gesamtes Wissen über die V-Leute offenzulegen—aber, bitte schön, nur hinter verschlossenen Türen—dürfte für das Gericht nicht akzeptabel sein. Es geht um das Schicksal der NPD, sie muss deshalb volle Klarheit über alles belastende Material erhalten, weil sie sich nur so gegen Beschuldigungen wehren, Aussagen in Zweifel ziehen, ihre Sicht der Dinge darlegen und eigene Fragen stellen kann. Die NPD muss wissen, auf welchen Tatsachen der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit gründet. Dies gilt selbst dann, wenn die Beweise aus geheimen, besonders schutzwürdigen Quellen stammen.

Das Innenministerium hätte dieses Risiko vermeiden können, indem es seinen Antrag von Anfang an auf öffentlich zugängliches Material gestützt hätte, auf NPD-Pamphlete, Transparente und auf das aggressiv-kämpferische Vorgehen der NPD gegen die Verfassung. Mit den V-Leuten als Beweisgrundlage ist man ein aberwitziges Risiko eingegangen. Die NPD hat den Verlauf des Verfahrens nun in der Hand: gelingt es ihr, weitere V-Männer, die im Verbotsverfahren eine Rolle spielen, zu enttarnen, wird der Antrag kaum mehr zu retten sein. Die NPD wäre als verfassungstreu geädelt. Die Arbeit des Verfassungsschutzes könnte verhindern, was sie bezweckte: das Verbot der NPD.

Das Fiasko ist zweifellos ein Triumph für die NPD, ob sie bei den Bundestagswahlen am 22. September daraus Kapital schlagen kann, ist allerdings ungewiss. Das Auffliegen der vielen Spitzel in den eigenen Reihen hat die Partei aus dem Gleichgewicht gebracht, die Verunsicherung wächst. Jetzt muss der Wähler den Rechtsradikalen die rote Karte zeigen, und das ist gut so. Parteiverbote sind nicht das geeignete Mittel, Rechtsradikalen den Einzug in die Parlament zu verwehren. Dazu bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Ursachen des Rassismus, von Gewalt und Antisemitismus.

Schon einmal, Mitte der sechziger Jahre, als die NPD im Schatten der Wirtschaftsrezession über ihre traditionellen Anhänger hinaus zahlreiche Protestwähler mobilisieren konnte und in sieben Landtage einzog, wurde über ein Verbot nachgedacht. Dann formierte sich im Zuge der Studentenbewegung die ausserparlamentarische Opposition, und zum erstenmal nach dem Krieg begann in der Bundesrepublik eine Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Bei den Bundestagswahlen 1969 schrammte die NPD knapp am Einzug ins Parlament vorbei und verlor in der Folge sämtliche Landtagsmandate. Das Problem mit ihrem Verbot hatte sich erledigt.